gleichwohl für Parlamentarier und Ministerialbeamte weiterhin leicht erreichbar bliebe. JN

Dschibuti: 148. Mitglied der UNO (52)

Der jüngste Staat der Welt ist zugleich einer ihrer ärmsten: die *Republik Dschibuti*, bis vor kurzem noch als ›Französisches Territorium der Afar und Issa‹ bekannt. Die Volksabstimmung vom 8. Mai 1977 erbrachte ein Ergebnis von über 98 Prozent zugunsten der Unabhängigkeit des Gebiets. Die Weltorganisation kann es nun von der immer kleiner werdenden »Liste der Gebiete, die bislang noch keine Unabhängigkeit erlangt haben« (s. VN 1/1977 S. 9) streichen; in den Prozeß der Entkolonisierung war sie durch die Entsendung einer Beobachter-Mission anläßlich des (gleichzeitig mit der Wahl zur Deputiertenkammer durchgeführten) Referendums vom Mai einbezogen. Unabhängig wurde die Republik Dschibuti am 27. Juni; am 7. Juli empfahl der Sicherheitsrat einstimmig die Aufnahme in die Weltorganisation, die am 20. September zu Beginn der 32. Generalversammlung durch Akklamation erfolgte. Ob der am südlichen Ausgang des Roten Meeres gelegene neue Staat längerfristig Bestand haben wird, ist freilich ungewiß.

Die Hafenstadt Dschibuti, in der Kolonialzeit durch einen von Fremdenlegionären scharf bewachten Zaun vom ›Hinterland‹ abgeschirmt, ist aufgrund ihrer geographischen Lage von außerordentlicher strategischer Bedeutung. Dies erklärt das lange (unter Ausspielung der beiden Volksgruppen des Gebiets gegeneinander erfolgte) Festhalten Frankreichs an seiner letzten Kolonie auf dem afrikanischen Festland; auch im unabhängigen Dschibuti sind weiterhin französische Truppen stationiert. Die beiden Volksgruppen der Afar und Issa sind den Völkern jenseits der Grenzen verwandt: den äthiopischen Danakil bzw. den Somali. Für Somalia hat das einstige ›Französisch-Somaliland‹ seinen festen Platz in der irredentistischen Staatsideologie, für den Vielvölkerstaat Äthiopien hat es — in normalen Zeiten — vornehmlich Bedeutung als Umschlagplatz seines Außenhandels (Eisenbahn Addis Ababa-Dschibuti). Beide Nachbarstaaten haben die Unabhängigkeit der jungen Republik akzeptiert, doch hängt ihr Schicksal letztlich vom Ausgang der derzeitigen Auseinandersetzungen am Horn von Afrika ab. Die Republik Dschibuti mit der gleichnamigen Hauptstadt umfaßt 23 000 qkm Fläche und hat zwischen 150 000 und 250 000 Einwohner; Staatsoberhaupt ist Hassan Gouled Aptidon, zugleich Führer der ›Ligue Populaire Africaine‹. Red

Vietnam: 149. Mitglied der UNO (53)

Das »tapfere und gemarterte« Land sei »ungerechterweise und zu lange« nicht in der Lage gewesen, seinen rechtmäßigen Platz in den Vereinten Nationen einzunehmen. So der Präsident der 32. Generalversammlung, der stellvertretende Außenminister Jugoslawiens, Lazar Mojsov, anläßlich der zu Beginn der Tagung durch Akklamation erfolgten Aufnahme der *Sozialistischen Republik Vietnam* in die Weltorganisation. Er spielte damit auf die frühere ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten an; noch am 15. November 1976 hatten die USA im Sicherheitsrat durch ihre ablehnende Stimme den Aufnahmeantrag des wiedervereinigten Vietnam zu Fall gebracht (vgl. VN 1/1977 S. 31). Die neue amerikanische Regierung griff jedoch nicht mehr zum Mittel des Vetos und so empfahl der Sicherheitsrat am 20. Juli durch allgemeine Übereinstimmung die Aufnahme Vietnams in die UNO.

Die Generalversammlung kam in ihrer ersten Plenarsitzung am 20. September dieser Empfehlung nach. Die Resolutionen zur Aufnahme Dschibutis und Vietnams sind die beiden ersten der diesjährigen Tagung; beiden Staaten sollte die Gelegenheit gegeben werden, von Anfang an an den Beratungen der Generalversammlung teilzunehmen.

Ein Stück Zeitgeschichte hat am 2. Juli 1976 durch die Wiedervereinigung Vietnams und nunmehr durch den UNO-Beitritt einen äußeren Abschluß gefunden. In seiner Antrittsrede vor der Generalversammlung erklärte Außenminister Nguyen Duy Trinh, daß Vietnam seinen rechtmäßigen Sitz in der UNO schon 1945 eingenommen haben sollte, ihm jedoch der »blutigste neo-koloniale Angriffskrieg der Geschichte« aufgezwungen worden sei; gleichzeitig machte er deutlich, daß sein Land bereit sei, weiterhin mit den Vereinigten Staaten um eine befriedigende Lösung der noch bestehenden Probleme zu verhandeln.

Die Sozialistische Republik Vietnam (Hauptstadt: Hanoi; die frühere südvietnamesische Kapitale Saigon wurde in Ho-Tschi-Minh-Stadt umbenannt) umfaßt 332 559 qkm Fläche und hat etwa 40 Mill Einwohner. Staatsoberhaupt ist Ton Duc Thang, Regierungschef Pham Van Dong; Generalsekretär der KP Vietnams ist Le Duan. Wichtige Ausfuhrgüter sind Kautschuk, Tee, Holz und Bergbauprodukte, wichtigste Außenhandelspartner sind die Sowjetunion und andere COMECON-Länder, China, Japan, die Europäische Gemeinschaft sowie Länder Südostasiens. Red

Generalsekretär: Scharfe Verurteilung des Terrorismus (54)

Zu internationalem Handeln gegen »kriminellen Terrorismus« rief Generalsekretär Kurt Waldheim Mitte September vor dem Verband der UN-Korrespondenten in New York auf. Der Terrorismus nehme in einigen Teilen der Welt verhängnisvolle Ausmaße an, sagte er.

Einige der übelsten Beispiele dieser Art von Gewalt schienen ihren Ursprung nicht in drückender Armut oder in körperlicher oder geistiger Entbehrung, sondern in den relativ wohlhabenden Teilen der menschlichen Gesellschaft zu haben, wo eine Mischung von Überfluß, Laxheit und Selbstüberdruß »grausame und zerstörerische Arroganz« erzeugt habe. Es handele sich um eine Krankheit, die angesichts der modernen Kommunikationsmittel ansteckend wirken könnte. Ungeachtet dessen, daß die Meinungen über die Ursachen dieser »sozialen und politischen Krankheit« weit auseinander gingen, sei das Problem schwerwiegend genug und besitze auch genügend internationale Auswirkungen, um sehr ernsthaft von den Mitgliedern der Vereinten Nationen erörtert zu werden. StJ

Beiträge 49: Peter W. Fischer (PWF); 50: Dr. Horst Herzog (Hzg); 43, 45, 48, 54: Stephan Jaschek (StJ); 51: Dr. Jens Naumann (JN); 44, 46, 47: Norbert J. Prill (NJP); 52, 53: Redaktion (Red).

Dokumente der Vereinten Nationen:

Zypern

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Die Zypernfrage. — Resolution 414 (1977) vom 15. September 1977

Der Sicherheitsrat,

— nach Behandlung der Lage in Zypern aufgrund des Schreibens des Ständigen Vertreters Zyperns bei den Vereinten Nationen vom 26. August 1977 (S/12387),

— eingedenk der dringenden Notwendigkeit, bei der Lösung des Zypernproblems Fortschritte zu erzielen,

— unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesonders auf die Resolutionen 365 (1974) und 367 (1975),

— in Kenntnisnahme der vor dem Rat abgegebenen Erklärungen zu den jüngsten Entwicklungen im neuen Viertel von Famagusta, in denen es hieß, daß in diesem Gebiet keine Ansiedlung im Gange sei,

— in Kenntnisnahme ferner der Erklärungen der beteiligten Parteien sowie des Generalsekretärs zu diesen Entwicklungen,

1. bringt seine Besorgnis über die durch die jüngsten Entwicklungen entstandene Lage zum Ausdruck;
2. fordert die beteiligten Parteien auf, deshalb überall in Zypern alle einseitigen Handlungen zu unterlassen, die die Aussichten auf eine gerechte und friedliche Lösung des Zypernproblems beeinträchtigen könnten, und bittet sie eindringlich, sich weiterhin gemeinsam und mit noch größerem Nachdruck entschlossen darum zu bemühen, daß die Zielsetzungen des Sicherheitsrats erreicht werden;
3. bekräftigt erneut seine Resolution 365 (1974) vom 13. Dezember 1974, mit der er sich der am 1. November 1974 einstimmig angenommenen Resolution der Generalversammlung 3212 (XXIX) anschloß, und fordert erneut die umgehende und wirksame Durchführung dieser Resolutionen sowie seiner Resolution 367 (1975) vom 12. März 1975;
4. bringt seine Besorgnis über die mangelhaften Fortschritte bei den interkommunalen Gesprächen zum Ausdruck;
5. fordert die Vertreter der beiden Volksgruppen auf, unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs möglichst bald die Verhandlungen in sinnvoller und konstruktiver Weise sowie auf der Grundlage umfassender und konkreter Vorschläge wiederaufzunehmen;
6. ersucht den Generalsekretär, den Rat über Entwicklungen auf dem laufenden zu halten, die die Durchführung dieser Resolution beeinträchtigen könnten.

Abstimmungsergebnis: Ohne förmliche Abstimmung angenommen.